

BERLINER RUNDSCHAU

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Erscheinungsweise: einmal im Quartal.
01/2012 38. Jahrgang 1,20 EUR



**Große Koalition
- gut für Berlin**
100-Tage-Bilanz

Einladung
**LANDESMITGLIEDER-
VERSAMMLUNG**
Seite 16



**Straßenausbaubei-
tragsgesetz gekippt**
CDU löst Wahlkampf-
versprechen ein
Seite 3



**Innensenator
Frank Henkel**
„Wir haben Wort
gehalten“
Seite 4-5



**Bundesministerin
Ursula von der Leyen**
Im Interview mit der
Berliner Rundschau
Seite 14 - 15

STÄRKER AUS DER KRISE

„Wir haben jetzt den Auftrag erhalten, Deutschland stärker aus der Krise zu führen, als es in sie hineingegangen ist, und so unserem Land und seinen Menschen eine gute Zukunft zu sichern.“
*Bundeskanzlerin **Angela Merkel** in ihrer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag, 10.11.2009*

„Deutschland hat einen immensen Erfolg, meine Pflicht ist es, dafür zu sorgen, dass Frankreich sich von dem inspirieren lässt, was in der Welt funktioniert, und nicht von dem, was nicht funktioniert.“
***Nicolas Sarkozy**, französischer Staatspräsident, 06.02.2012*

„Deutschland ist bei uns ein Vorbild und eine Autorität, eine Rolle, die sich in der Krise noch verstärkt hat.“
***Donald Tusk**, polnischer Ministerpräsident, 16.02.2012*

● **Langfristiger Erfolg:** seit 2005 sank die Arbeitslosenquote in Deutschland um knapp 50% - in Europa stieg sie um 25%

● **Sinkende Neuverschuldung:** Für das Jahr 2012 wird eine Verschuldung von nur noch 0,5% prognostiziert – der niedrigste Wert unter allen Euro-Ländern

● **Rekordbeschäftigung:** 260.000 Arbeitslose weniger als im Vorjahr; mehr als 41 Millionen Menschen in Arbeit

● **Rekordergebnis im Außenhandel:** Erstmals übertrafen die deutschen Exporte die 1-Billion-Marke und legten um 11,6% zu

● **Rekordwachstum:** mit 3,7% und 3% Wachstum in den vergangenen beiden Jahren belegt Deutschland den Spitzenplatz im Euroraum

CDU setzt sich durch - Straßenbaubeitragsgesetz wird abgeschafft

Die Berliner CDU hält, was sie verspricht. Nach jahrelangem Kampf gegen das Straßenbaubeitragsgesetz wird es unter CDU-Regierungsbeteiligung endlich abgeschafft, so wie es die Hauptstadtunion im Koalitionsvertrag hat festschreiben können.

„Wir freuen uns, dass mit der Abschaffung des Straßenbaubeitragsgesetzes eine unserer zentralen Forderungen im Wahlkampf umgesetzt wird“, sagt der Landesvorsitzende der Berliner CDU, Frank Henkel. Beiträge für den Straßenbau wurden in allen Bezirken erhoben. Besonders belastet waren Anlieger in Siedlungsgebieten am Stadtrand. Viele von ihnen haben eine Hypothek für ein Eigenheim aufgenommen, um fürs Alter vorzusorgen. Sie müssen also sowieso schon Monat für Monat beträchtliche Summen aufbringen, um diese Hypothek abzuzahlen. Eine zusätzliche Belastung durch Beiträge zum Straßenbau von vielen Tausend Euro könnte die Betroffenen in den finanziellen Ruin treiben. Das gilt im Übrigen auch für kleine und mittelständische Unternehmen. Die zusätzlichen finanziellen Belastungen könnten deren

Existenz und damit auch Arbeitsplätze gefährden. Das von der früheren Regierung eingeführte Gesetz war also nicht nur bürger-, sondern auch wirtschaftsfeindlich. Außerdem überstiegen die Kosten für die Betroffenen bei weitem die von der damaligen Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) veröffentlichten Prognosen.

Auch den Praxistest hat das Straßenbaubeitragsgesetz nicht bestanden. Der damalige Senat musste einräumen, dass dieses Gesetz zu Bürokratiekosten in Millionenhöhe geführt hat. Darüber hinaus sind notwendige Investitionen in die Infrastruktur aus Sorge vor rechtlichen Konsequenzen aufgeschoben worden. Letztlich ist durch das Straßenbaubeitragsgesetz ein Schaden für die Volkswirtschaft entstanden, da entsprechende Aufträge für die Bauunternehmen nicht vergeben wurden.

Nach mehr als fünf Jahren wird das Straßenbaubeitragsgesetz abgeschafft. Die Stadtent-



wicklungsverwaltung wird nun dem Abgeordnetenhaus einen Entwurf für eine Gesetzesänderung vorlegen. CDU-Chef Henkel ist zuversichtlich, dass der Gesetzentwurf noch vor der Sommerpause beschlossen wird. „Im Anschluss werden bereits bezahlte Beiträge umgehend zurückerstattet und laufende Kostenbescheide umgehend aufgehoben“, so Henkel. Insgesamt wurden von 2008 bis 2011 ca. 624.000 Euro entrichtet. Damit eine Rückerstattung erfolgen kann, müssen die beitragspflichtigen Anlieger bei dem Bezirksamt, das den Straßenbaubeitragsentscheid erlassen hat, einen Antrag stellen.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

seit dem 1. Dezember vergangenen Jahres wird Berlin durch die Regierungsbeteiligung der CDU endlich wieder bürgernah, unideologisch und pragmatisch regiert. Dies zeigt auch der inzwischen sehr hohe Zustimmungsgang zur Großen Koalition bei den Berlinerinnen und Berlinern. Ebenso deutlich wurde in den vergangenen Wochen und Monaten, dass die Berliner Grünen in ihrem derzeitigen Zustand weder regierungs- noch oppositionsfähig sind. Statt sich ernsthaft an inhaltlichen Diskussionen zu beteiligen, sind sie vor allem mit sich selbst beschäftigt.

Die rot-schwarze Regierung hat in den letzten Wochen wichtige Entscheidungen, wie beispielsweise die Abschaffung und Rückabwicklung des Straßenbaubeitragsgesetzes, getroffen. Nicht nur die SPD-internen Auseinandersetzungen zeigen, dass die CDU der stabilisierende und verlässliche Faktor in dieser Koalition ist. Wir wollten Verantwortung für Berlin übernehmen. Das Agieren unserer Senatsmitglieder unter

der Führung von Frank Henkel und unserer Fraktion um unseren Fraktionsvorsitzenden Florian Graf zeigt, dass wir dieser Verantwortung jetzt auch gerecht werden.

Wir werden alles unternehmen, damit unsere Politik bei den Berlinerinnen und Berlinern auf eine breite Akzeptanz stößt. In einer aktuellen Forsa-Umfrage mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass die sogenannte „Schülerlotterie“ auf fast keine Zustimmung stößt. Hier sollten wir gemeinsam mit dem Koalitionspartner an einer Lösung für die Zukunft arbeiten, die auch von Eltern und Schülern unterstützt wird.

Mit herzlichen Grüßen

Kai Wegner

Kai Wegner, MdB
Generalsekretär der CDU Berlin



AUF EIN WORT

Innensenator Frank Henkel: „Wir haben Wort gehalten“

Berlins Innensenator und CDU-Chef Frank Henkel spricht im Interview mit der Berliner Rundschau über die ersten 100 Tage von Rot-Schwarz, über das Klima in der Koalition und die Handschrift der CDU im Regierungsalltag.

BR: Herr Henkel, der rot-schwarze Senat ist nun seit etwas mehr als 100 Tagen im Amt. Sind Sie mit der Bilanz zufrieden?

Diese Regierung hat in kurzer Zeit einiges erreicht. Und ich freue mich darüber, dass die Berlinerinnen und Berliner diese Koalition so schnell angenommen haben. Die Skepsis, die anfangs bei manchen geherrscht haben mag, ist einer Aufgeschlossenheit gewichen.

BR: Worauf führen Sie diese Entwicklung zurück?

Ich denke, das hängt auch damit zusammen, wie CDU und SPD miteinander umgehen. Wir haben schon in den Koalitionsverhandlungen bewiesen, dass wir gut und vertrauensvoll miteinander arbeiten können. Das Klima ist weiterhin gut. Das gilt für alle Ebenen, im Senat, aber auch zwischen den Fraktionen. Das hängt natürlich auch von den handelnden Personen ab. Ich will ausdrücklich Florian Graf nennen, der als Vorsitzender der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus einen ausgezeichneten Job macht.

BR: Auch die Chemie zwischen Ihnen und dem Regierenden Bürgermeister scheint zu stimmen. Ihre gemeinsamen Pressekonferenzen gelten in einigen Medien schon als „Kult“.

(lacht) Es ist schon interessant, welche Dinge da in den Vordergrund gerückt werden, welche Farbe der Anzug hat oder ob wir Krawatten tragen. Das muss man einfach richtig einordnen.



„Wir wollen diese Stadt nicht umbauen, sondern wir wollen sie verbessern.“

Es stimmt aber, dass auch zwischen den beiden Spitzen dieser Regierung ein gutes Verhältnis herrscht. Wie gesagt: Wir arbeiten auf allen Ebenen gut zusammen. Es ist genau dieser konstruktive Stil, der unserer Stadt gut tun kann, ein Stil, der für eine unaufgeregte und pragmatische Art der Politik steht.

BR: Was war für Sie die größte Herausforderung in den ersten 100 Tagen?

Dass es keine Schonfrist oder Einarbeitungszeit gab. Der Senat musste in kürzester Zeit einen Doppelhaushalt für die kommenden zwei Jahre aufstellen. Das gibt uns aber die Gelegenheit,

gleich zu Beginn unserer Amtszeit Akzente zu setzen, etwa bei der Inneren Sicherheit.

BR: Große Sprünge sind aber angesichts der Haushaltssituation nicht zu erwarten.

Das stimmt. Es bleibt das Ziel dieser Regierung,

ab 2016 keine neuen Schulden mehr aufzunehmen. Die Ausgaben wachsen praktisch nicht, gleichzeitig verbessern wir die Einnahmen. So haben wir etwa die Grunderwerbssteuer auf das Niveau von Brandenburg angehoben. Wir wollen aber die Menschen auch entlasten. Der Senat hat in den ersten 100 Tagen die Aufhebung des Straßenausbaubeitragesgesetzes beschlossen. Auch hier hat die CDU Wort gehalten.

BR: Was haben Sie noch erreicht?

Wir wollen den wirtschaftlichen Erfolg unserer Stadt. Es ist gut, dass wir mit Sybille von Obernitz eine Wirtschaftssenatorin haben, die Probleme mutig und selbstbewusst angeht, die bestehende Strukturen kritisch hinterfragt, wie wir es im Koalitionsvertrag vereinbart haben. Wir wollen mit konkreten Projekten, etwa dem Handwerker-Parkausweis, gerade etwas für den Mittelstand tun. Der Senat hat mittlerweile auch das Programm Berlin-Arbeit verabschiedet, das Arbeitslosen wieder eine Perspektive geben soll. Wir haben also schon einiges bewegt. Viele Dinge werden uns aber über die gesamte Legislaturperiode beschäftigen: die Entwicklung von Tempelhof und Tegel, der Bau der A100, die Entwicklung des Großflughafens. Beim ICC und der S-Bahn werden wir sicher noch schwierige Entscheidungen treffen müssen.

BR: Im Wahlkampf hatte die Berliner CDU mit dem Thema Sicherheit geworben. Jetzt sind Sie Innensenator und damit selbst in der Verantwortung. Was hat sich in den ersten 100 Tagen geändert?

Jahrelang wurde Personal abgebaut, wir haben den Trend umgedreht. 250 neue Polizeivollzugsbeamte, die komplett in Berlin ausgebildet werden, stehen im Haushaltsentwurf. Wir wollen mehr sichtbare Präsenz auf der Straße, um

das Sicherheitsgefühl der Menschen zu stärken. Jetzt haben wir dafür die Grundlage geschaffen. Im Feuerwehrbereich sind wir sogar über den Koalitionsvertrag hinausgegangen und haben den feuerwehrtechnischen Dienst gestärkt. Hier ist die Handschrift der CDU deutlich erkennbar.

BR: Gilt das auch für andere Entscheidungen?

Derzeit beraten die Fraktionen im Parlament über die Verdopplung der Speicherfrist von Videoaufzeichnungen bei der BVG, eine wichtige Forderung der CDU. Die Einbruchsberatung der Polizei soll wieder kostenlos werden. Eine entsprechende Änderung erarbeitet mein Haus derzeit. Ein Vorschlag für ein rotierendes Kennzeichnungssystem, das Polizisten besser schützen soll, liegt jetzt auf dem Tisch. Im Innen- und Justizbereich haben wir uns darauf verständigt, jungen Menschen eine Perspektive zu geben und Polizei-, Feuerwehr und Justizanwärter trotz vorläufiger Haushaltswirtschaft zu verbeamten. Es passiert also eine ganze Menge.

BR: Wie geht es jetzt weiter?

Das gute Klima ist die Voraussetzung für den Erfolg dieser Regierung, aber es sind unsere Entscheidungen, an denen wir gemessen werden. Wir haben aus einem Koalitionsvertrag, der auf fünf Jahre ausgelegt ist, bereits in den ersten 100 Tagen wichtige Entscheidungen getroffen. Diesen Koalitionsvertrag wollen wir jetzt weiter konzentriert abarbeiten.

Wir wollen diese Stadt nicht umbauen, sondern wir wollen sie verbessern. Ich habe im Wahlkampf gesagt, dass ich da aufräumen will, wo Berlin nicht mehr funktioniert. Wenn uns jetzt eine Berliner Tageszeitung als Regierung der Handwerker bezeichnet, dann passt das gut zusammen.

„Das ist doch mal eine gute Entscheidung. Das umstrittene Gesetz, das die Haus-, Grundstücks- und Wohnungsbesitzer verpflichtet, den Straßenausbau mitzubezahlen, wird abgeschafft. Damit folgt Stadtentwicklungssenator Michael Müller den Vorgaben des Koalitionsvertrages. Die CDU hatte in den Verhandlungen durchgesetzt, dass das Gesetz abgeschafft wird.“

Morgenpost, 05.03.2012

„Endlich werden die Auszubildenden der Polizei und der Feuerwehr als Beamte übernommen“, Michael Purper, Landeschef der Gewerkschaft der Polizei.“

BZ-Umfrage zur 100-Tage-Bilanz des Senats, 06.03.2012

„Der neue Senat hat richtige Themen angepackt. Die Bestellung neuer S-Bahnzüge ist auf dem Weg, ebenso die Bewerbung Berlins als Schaufenster für Elektromobilität.“

BZ, 06.03.2012

„Die Uni-Präsidenten beurteilen von Obernitz [Senatorin für Wirtschaft, Technologie und Forschung] freundlich: ‚Sie kann gut zuhören, ist schnell und wach‘, sagt FU-Präsident Peter-André Alt.“

Tagesspiegel, 09.03.2012

„[...] Das sehe ich auch so [dass sich Thomas Heilmann etwas traut]. Auch Czaja steckt ein bisschen die Nase nach vorn. Das sind schon

zwei, die deutlich machen, da ist eine modernere CDU. [...] Henkel ist ein Umschwung. Er ist von seiner Grundgesinnung eher konservativ, aber im Habitus überhaupt nicht abgehoben. Mit dem Bild der Banken-, Bosse- und Grunewald-Partei, das die CDU in den 90ern verkörperte, hat er weniger zu tun [...]. [Er verstellt sich nicht], der ist authentisch.“

Der Parteienforscher Gero Neugebauer im taz-Interview, 09.03.2012

„Mit jedem Tag im Amt scheint Innensenator Frank Henkel an Sicherheit und an Profil zu gewinnen. Das attestieren ihm sogar politische Gegner. Auch bei der SPD ist man baff, wie schnell der einst zur politischen Provokation

neigende Innenpolitiker die Rolle des pragmatischen, modern auftretenden Staatsmannes angenommen hat. [...] Dass Henkel kämpfen kann, hat er beim Ringen mit dem Finanzsenator gezeigt: Da gab es zusätzlich zu mehr Polizisten auch ein gutes Dutzend mehr Feuerwehrleute, auch setzte er sich mit seinem Ansinnen durch, knapp 370 neue Polizisten und Feuerwehrleute trotz Nothaushalts zu verbeamten.“

Tagesspiegel, 09.03.2012

„Czaja hat [als Senator für Gesundheit und Soziales] gleich in den ersten Wochen deutlich gemacht, wohin er will: mehr Augenmerk auf Pflegebedürftige, mehr Regeln für Sozialverbände

und kommerzielle Anbieter in der durchaus lukrativen Branche. Das Diakonische Werk in der Region sagt, er setzte ‚wichtige Akzente‘. Und Kirchenleute, Klinikärzte und Krankenhausbetreiber, die Czaja persönlich getroffen haben, sind sich einig: Im Umgang ist der Senator offen und interessiert. [...] Ausdrücklich gelobt wird Czaja, weil er im Streit mit dem Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung hart bleibt: Er besteht auf einer Rückzahlung von Extrahonoraren.“

Tagesspiegel, 09.03.2012

„Er [Thomas Heilmann, Senator für Justiz und Verbraucherschutz] ist ein Mann mit vielen Ta-

lenten: ein ausgebuffter Werbeprof, ein früherer erfolgreicher Unternehmer und Vize-Chef der Berliner CDU. [...]

Er setzt munter seine Duftmarken im Justizbereich, in dem er ‚einige dicke Bretter‘ bohren wolle, wie er einmal sagte. Zwei Wochen nach Amtsantritt kündigte er eine Gesetzesinitiative an, um Immobilienkäufer künftig besser vor Betrügnern zu schützen. [...]

Kurz danach verkündet er die Einführung der elektronischen Fußfessel in Berlin. Und den Jugendarrest will er auch verschärfen.“

Tagesspiegel, 09.03.2012

Joachim Zeller: Haushaltsprobleme nur in der EU lösbar

Anlässlich der Neuverteilung der Aufgaben zur Halbzeit der Legislaturperiode des Europaparlaments wurde dem Berliner Europaabgeordneten Joachim Zeller (CDU) ein großer Vertrauensbeweis zuteil. Zeller, der seit 2009 die Interessen Berlins auf europäischer Ebene vertritt, bekleidet künftig zwei wichtige Positionen. Zum einen wurde er in den Vorstand der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament gewählt, die mit 42 Mitgliedern die größte nationale Gruppe innerhalb der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) bildet. Darüber hinaus wählten ihn seine Fraktionskollegen zum Co-Sprecher im Ausschuss für Regionale Entwicklung. Der CDU-Abgeordnete fungiert nun als Berichterstatter des Europäischen Parlaments für die Überarbeitung der Verordnung bezüglich der Europäischen Verbände für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ).



Bei den EVTZ handelt es sich um ein relativ junges Instrument der Strukturpolitik der EU, das zur Lösung von Schwierigkeiten der Mitgliedstaaten bei der grenzüberschreiten-

den Zusammenarbeit beiträgt. Regionales Beispiel für einen EVTZ ist der Eurodistrikt TransOderana, der zum Ziel hat, das Gebiet rund um die Eisenbahnstrecke Berlin bis Pila (Polen) zu einer europäischen Modellregion zu entwickeln, um insbesondere die Mobilität in dieser Region und ihre Attraktivität durch eine bessere Verkehrsinfrastruktur zu erhöhen.

Allgemein handelt es sich bei der regionalen Entwicklung um einen beträchtlichen Haushaltsposten, der im Zeitraum 2007 bis 2013 mit ungefähr 350 Milliarden Euro mehr als ein Drittel des Etats der EU ausmacht. Hier gilt es, in der nun entbrannten Debatte um den EU-Haushalt für die nächste Förderperiode 2014 bis 2020 die Interessen Berlins im Auge zu behalten (Berlin kann in der laufenden Förderperiode 2006 bis 2013 auf mehr als 1,2 Milliarden Euro aus den Strukturfonds zugreifen).

Neben seinen Aufgaben im Vorstand der CDU/CSU-Gruppe und im Ausschuss für Regionale Entwicklung wirkt Zeller in der

zweiten Hälfte der Wahlperiode bis 2014 im Ausschuss für Auswärtige Politik mit. Die Belange des „Ostens“, Russlands, der Länder der Östlichen Partnerschaft und Zentralasiens sind dabei sein hauptsächliches Arbeitsgebiet.

Im Mittelpunkt der Arbeit Zellers und seiner europäischen Kolleginnen und Kollegen steht derzeit jedoch die Debatte um den Stabilitäts- und Fiskalpakt zur Stabilisierung des Euro. „Im Hinblick auf die durch die Staatsschulden der meisten Mitgliedstaaten hervorgerufenen Krisenerscheinungen in Europa ist der von 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union beschlossene Fiskalpakt ein wichtiger Schritt zur Bewältigung der Krise und gleichzeitig ein wichtiger Baustein für eine stärker an Haushaltsdisziplin ausgerichtete Politik der Mitgliedstaaten“, so der CDU-Europaabgeordnete. Nur im europäischen Verbund werde es möglich sein, die Probleme zu lösen, ist Zeller überzeugt. „Haushaltskonsolidierung und anschließend der Beginn des Schuldenabbaus sind unerlässlich, um künftigen Generationen keine Lasten aufzubürden, die nicht mehr zu tragen sein werden und Europa im globalen Wettbewerb zurückfallen lassen würden“, so Joachim Zeller.

Ein stabiler Euro ist gut für Deutschland

In Deutschland machen sich viele Menschen Sorgen um die Stabilität des Euros, die Zukunft Griechenlands und den Rettungsschirm. „Diese Sorgen kann ich als Mitglied im Finanzausschuss sehr gut nachvollziehen“, erklärt der Reinickendorfer Bundestagsabgeordnete Dr. Frank Steffel.

Gemeinsam mit seinen Kolleginnen und Kollegen der schwarz-gelben Regierungskoalition arbeitet Steffel hart daran, den europäischen Finanzmarkt zu stabilisieren. Dabei soll die Einrichtung des ESM (Europäischer Stabilitäts-Mechanismus) helfen. „Dieser dauerhafte Rettungsschirm soll Ländern, die in akute Schwierigkeiten geraten sind, helfen, sich finanziell zu stabilisieren“, so Steffel. „Die Europäische Union steht für seine Mitglieder ein. Wir verhindern, dass Spekulanten an den Finanzmärkten auch weitere Länder in ihrer Refinanzierung destabilisieren.“

Der CDU-Finanzexperte betont aber gleichzeitig, dass Länder wie Griechenland, Irland oder Portugal nicht dauerhaft von Hilfen

abhängig sein dürften: „Die finanzielle Unterstützung darf immer nur eine kurzfristige Maßnahme sein, die dem Land hilft, langfristig wieder auf eigenen Beinen zu stehen. Eine wichtige Voraussetzung, damit ein Land überhaupt finanzielle Hilfe bekommt, ist der vernünftige Umgang mit seinem Geld und die Umsetzung von Reformen, die das begünstigen. Glücklicherweise sehen wir bereits erhebliche Fortschritte in der Entwicklung Irlands und Portugals.“

Der ESM sei nur ein einzelner Baustein der europäischen Währungsunion, erklärt Steffel. „Wir sollten auch den großen Zusammenhang sehen. Mit dieser Union machen wir Europa stärker und haben die Chance, gegen Wirtschaftsriesen wie China oder die USA zu bestehen. Das geht nur, wenn jedes Mitgliedsland aus eigener Kraft solide wirtschaftet und wettbe-

werbsfähig ist.“ Ein weiterer Baustein der Stabilisierungsmaßnahmen ist der Fiskalvertrag, der in diesen Wochen von den EU-Mitgliedstaaten beschlossen wird. Darin verpflichten sich die Staaten, eine Schuldenbremse nach deutschem Vorbild einzuführen. „Das wird den Euro weiter stabilisieren“, so der Reinickendorfer Abgeordnete, „Ebenfalls sollen die Mitgliedstaaten wirtschaftlich noch stärker koordiniert zusammenarbeiten. Damit wird die Gefahr, dass einzelne Länder in eine Krise stürzen, verringert.“



Dr. Frank Steffel ist Reinickendorfer Bundestagsabgeordneter und Mitglied im Finanzausschuss und im Sportausschuss.

Trotz aller Bedenken und Kritik im Detail steht er hinter den notwendigen Stabilisierungsmaßnahmen. „Ich bin davon überzeugt, dass ein geeintes und friedliches Europa gut für unser Land ist. Deshalb unterstütze ich unsere Bundeskanzlerin und unseren Finanzminister“, so Steffel abschließend.

Rot-schwarzer Haushalt: Chancen und Perspektiven trotz Konsolidierung

Die Koalition aus SPD und CDU hat den richtigen Kompass für Berlin: Sie hat sich eine Politik zum Ziel gesetzt, die ideologiefrei, pragmatisch und bürgernah ist: Der Ausbau der Infrastruktur, die Schaffung von gut bezahlten Arbeitsplätzen, die Stärkung der inneren und sozialen Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger. Das sind die Schwerpunkte der rot-schwarzen Koalition.

Es hat sich was geändert in Berlin.

SPD und CDU haben Initiativen ergriffen, Entscheidungen getroffen und auch Ergebnisse vorzuweisen.

Das wichtigste Ziel ist unbestritten, die Wirtschaft zu stärken und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Für uns sind die Schaffung und der Erhalt einer funktionierenden Infrastruktur die unerlässliche Voraussetzung einer positiven Wirtschaftsentwicklung. Deshalb freuen wir uns, Anfang Juni mit dem Großflughafen BER das größte Infrastrukturprojekt der Region eröffnen zu können. BER wird ein Erfolg werden mit zahlreichen Ansiedlungen neuer Unternehmen im Umfeld. Das bedeutet Aufbruch, Perspektive und Arbeitsplätze für viele Menschen in unserer Stadt.

Wir Christdemokraten haben uns von Anfang an gegen das Straßenausbaubeitragsgesetz ausgesprochen und im Wahlkampf versprochen, es abzuschaffen. Und genau dies tun wir jetzt. Dabei befreien wir nicht nur diejenigen von der Beitragszahlung, die gerade einen Bescheid bekommen haben, sondern erstatten auch an diejenigen die Beiträge zurück, die bereits bezahlt haben.

Entbürokratisierung

Die Novelle des Vergabegesetzes sieht einen Mindestlohn von 8,50 Euro bei der öffentlichen Auftragsvergabe vor. Gleichzeitig heben wir den Schwellenwert für Aufträge von 500 Euro auf 10.000 Euro an - dadurch werden rund 60 Prozent aller Aufträge unbürokratisch durchgeführt. Und wir folgen dem guten Beispiel Thüringens, indem wir gleichen Lohn für gleiche Arbeit fordern, egal ob Mann oder Frau, ob Ost oder West.

100 Mio. Euro für Bezirke – extra!

Die Koalitionsfraktionen werden im Rahmen des Haushaltes für die Sachausgaben der



Bezirke pro Jahr weitere 50 Mio. Euro zur Verfügung stellen. Denn die Bezirke sind die Dienstleister direkt am Bürger. Im Rahmen der Haushaltsberatungen werden wir auch besonders die Bildung im Auge behalten: Zunächst werden 5.000 neue Kitaplätze eingerichtet. Wir wollen die Schließung der Hortlücke beschleunigen. Beim Schul- und Sportstättenanierungsprogramm werden wir – nach Möglichkeit – in den Beratungen auf eine spürbare Erhöhung des Haushaltsansatzes abzielen.

Innere Sicherheit und Ordnung sind ein Kernanliegen dieser Koalition, denn unter dem Anstieg der Kriminalitätsbelastung hat das Sicherheitsgefühl der Berlinerinnen und Berliner gelitten. Jeder Bürger hat einen unabdingbaren Anspruch auf Schutz seiner körperlichen Unversehrtheit, überall in unserer Stadt.

Die Koalition hat mit Innensenator Frank Henkel schon in den ersten 100 Tagen Regierungszeit unter Beweis gestellt, dass wir stärker auf das Thema Prävention setzen und die Sichtbarkeit der Polizei auf der Strasse erhöhen: 250 Polizisten mehr im Vollzugsdienst sind im Haushalt gesichert, und alle Auszubildenden bei Polizei und Feuerwehr werden übernommen. Wir haben den Personalbedarf in diesen Bereichen erkannt und setzen auf den Nachwuchs.

Opferschutz vor Täterschutz

Außerdem haben wir beschlossen, zur Prävention und Kriminalitätsvermeidung die

Videospeicherfristen bei der BVG von 24 auf 48 Stunden zu verdoppeln. Das bedeutet nicht weniger Freiheit und Persönlichkeitsrechte, sondern mehr potenziellen Opferschutz. Und damit meinen wir: Opferschutz vor Täterschutz.

SPD und CDU haben sich ein ambitioniertes Programm auferlegt. Wir wollen die Stadt wirtschaftlich voranbringen. Wir wollen die Spitzenposition Berlins bei Kunst, Kultur, Wissenschaft und Forschung behalten und die rote Laterne bei der Arbeitslosigkeit und Armut abgeben.

Dies lässt sich nicht in 100 Tagen bewerkstelligen – aber ein erfolgversprechender Anfang ist gemacht. Wir werden in den nächsten fünf Jahren hart dafür arbeiten.

■ Florian Graf

Florian Graf ist seit dem 1. Dezember 2011 Vorsitzender der CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin. Der Mariendorfer Abgeordnete folgte Frank Henkel, dem jetzigen Senator für Inneres und Sport und Bürgermeister von Berlin, nach. Darüber hinaus ist er finanzpolitischer Sprecher. Florian Graf zog 2006 ins Berliner Parlament ein und leitete den Arbeitskreis Haushalt und Finanzen der CDU-Fraktion. Von Januar 2009 bis November 2011 war er Parlamentarischer Geschäftsführer.

Seit 1995 ist er Mitglied der CDU. Seit März 2007 ist er Kreisvorsitzender der CDU Tempelhof-Schöneberg.

Das Regierungsteam der CDU - mit voller Kraft für Berlin

Seit Dezember wird Berlin von einer Großen Koalition regiert. Eine Senatorin, drei Senatoren sowie acht Staatssekretärinnen und Staatssekretäre bringen auf Seiten der CDU die Stadt schon nach kurzer Zeit mit Tatkraft voran.



Angeführt wird das CDU-Team von Frank Henkel (1), Bürgermeister und Senator für Inneres und Sport. Der 48-Jährige ist gleichzeitig Landesvorsitzender seiner Partei. Von 2008 bis 2011 war er Vorsitzender der CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin. Einer seiner Staatssekretäre ist Andreas Statzkowski (2). Er ist 55 Jahre alt und für den Bereich Sport zuständig. Als Abgeordneter der CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin war er sportpolitischer Sprecher. Bernd Krömer (3) ist ebenfalls Staatssekretär und verantwortet den Bereich Inneres. Von 1996 bis 2011 war der heute 56-Jährige Stadtrat im Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg. Zudem war er von 2008 bis 2011 Generalsekretär der CDU Berlin.

Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung wird von Senatorin Sybille von Obernitz (4) geführt. Die 50-Jährige ist parteilos und war vorher Bereichsleiterin Berufliche Bildung, Bildungspolitik beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag. Sie wird unterstützt von Staatssekretär Christoph von Knobelsdorff (5). Der 44-Jährige ist ebenfalls parteilos und war von 2008 bis 2011 Geschäftsführer für Aus- und Weiterbildung bei der Industrie- und Handelskammer zu Berlin. Unterstützung erhält sie zudem von Nicolas Zimmer (6), ebenfalls Staatssekretär in ihrer Verwaltung. Er ist 41 Jahre alt. Vor seiner Amtsübernahme war er Rechtsanwalt sowie von 2003 bis 2006 Vorsitzender der CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin.

Mario Czaja (7) ist Senator für Gesundheit und Soziales. Von 2001 bis 2011 nahm er in der CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin die Funktion des gesundheitspolitischen Sprechers wahr. Zuletzt war der 36-Jährige stellvertretender Vorsitzender der Fraktion. Emine Demirbüken-Wegner (8) steht ihm als Staatssekretärin für Gesundheit zur Seite. Sie ist 50 Jahre alt. Von 2006 bis 2011 war auch sie Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. Ihr Kollege Michael Büge (9) hat als Staatssekretär die Verantwortung für den Bereich Soziales. Der 46-Jährige war von 2006 bis 2011 Stadtrat



im Bezirksamt Neukölln für Soziales, Wohnen und Umwelt.

Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz wird von Senator Thomas Heilmann (10) geführt. Der 47-jährige Volljurist und ehemalige Chef der Werbeagentur Scholz & Friends ist seit 2009 stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes der CDU Berlin. Flankiert wird er zum einen von Staatssekretärin Sabine Toepfer-Kataw (11). Die 48-jährige Diplom-Verwaltungswirtin war von 1991

bis 2001 Abgeordnete der CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin. Anschließend arbeitete sie bei der Deutschen Rentenversicherung. Zweiter Staatssekretär ist Alexander Straßmeir (12). Er ist 47 Jahre alt und war von 1996 bis 2002 Stadtrat im Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf. Anschließend trat der Volljurist in den Dienst der Evangelischen Kirche.

Edmund Wronski – Ein Urgestein der Berliner CDU

Wenn jemand an seinem 90. Geburtstag auch auf eine 66-jährige Mitgliedschaft in der Berliner CDU zurückblicken kann, dann kann man mit Recht von einem Urgestein sprechen. Edmund Wronski ist deshalb vielen auch außerhalb seines Heimatkreisverbandes Reinickendorf ein Begriff – insbesondere natürlich aus seiner Zeit als Senator vor der Wiedervereinigung.

Als „Spätberufenen“ bezeichnet sich Edmund Wronski selbst, denn nach 31 Berufsjahren bei SIEMENS in Berlin holte ihn Richard von Weizsäcker im Juni 1981 in seinen Senat und vertraute ihm die Bereiche Arbeit und Betriebe an. Gerade seine Vorliebe für wirtschaftliche und technische Fragen war es, die den gelehrten technischen Zeichner und Ingenieur



dann zum erfolgreichen Verkehrssenator im Senat von Eberhard Diepgen machten. Die Fertigstellung der U-Bahnen nach Spandau und Wittenau fielen ebenso in seine Amtszeit wie die Wiederinbetriebnahme der S-Bahn in West-Berlin, die er in zähen Verhandlungen

mit der DDR durchsetzte und die später nach dem Mauerfall der Grundstein für die Wiederherstellung der Verkehrsanbindungen innerhalb Berlins und ins Umland darstellte.

Daran war freilich im Januar 1946, als Wronski aus der Kriegsgefangenschaft kommend und sich für die neu beginnende Politik interessierend in die CDU eintrat, noch nicht zu denken. Und auch heute will der siebenfache Vater, sechzehnfache Großvater und vierfache Urgroßvater nur still und bescheiden als ganz normaler Bürger in Hermsdorf leben.

Generalsekretär Kai Wegner konnte sich davon überzeugen und überbrachte Edmund Wronski die besten Glückwünsche vom Landesvorsitzenden Frank Henkel und dem gesamten Berliner Landesverband (siehe Foto).

Der Tag der Freiheit und Demokratie

Der 18. März steht wie kein anderer Tag der deutschen Geschichte für Freiheit und Demokratie. Er erinnert sowohl an die bedeutendsten Ereignisse der Märzrevolution von 1848 als auch an den Tag der ersten freien Volkskammerwahl in der DDR 1990. Wie passend erscheint es da, an diesem Tag einen Bundespräsidenten zu wählen, der sich die Themen Freiheit und Demokratie auf die Fahnen geschrieben hat.



Der Landesvorsitzende der Berliner CDU, Innensenator Frank Henkel, gratuliert dem frisch gewählten Bundespräsidenten Joachim Gauck.

„Ich erwarte von ihm, dass er diese Themen lebt“, erklärte der Landesvorsitzende der Berliner CDU, Innensenator Frank Henkel, zur Wahl Joachim Gaucks zum elften Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland. Mit 991 von 1228 gültigen Stimmen erreichte der gemeinsame Kandidat von CDU, CSU, FDP, SPD und Grünen das drittbeste Ergebnis, das ein Bundespräsident im ersten Wahlgang erzielt hat. Der 72-jährige evangelische The-



In der Bundesversammlung: CDU-Chef Frank Henkel mit Hertha-Trainer Otto Rehhagel, der Oberbürgermeisterin von Frankfurt a. M., Petra Roth (CDU), und dem bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer (CSU).

ologe, DDR-Bürgerrechtler und ehemalige Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen verkörpert für CDU-Chef Henkel einen Bundespräsidenten, wie er sich ihn vorstellt: „Joachim Gauck kann Menschen in Zeiten von Unsicherheit einen klaren Kompass und Halt geben durch die Kraft seines Wortes.“

Neben Innensenator und Bürgermeister Henkel gehörten auch der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Dr. Florian Graf, die Staatssekretärin für Gesundheit, Emine Demirbüken-Wegner, der Staatssekretär für Sport, Andreas Statzkowski, und die 1. stellvertretende Vorsitzende der Berliner CDU-Fraktion, Cornelia Seibeld, zu den insgesamt sieben von der Berliner CDU entsandten Vertretern für die Bundesversammlung. Prominente Unterstützung erhielten sie von der

Verlegerin Friede Springer und Herthas neuem Trainer Otto Rehhagel.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Graf zeigte sich insbesondere von Gaucks Engagement als DDR-Bürgerrechtler und späterem Leiter der „Gauck-Behörde“ beeindruckt: „In Berlin, der Stadt, die so elementar mit dem Gedanken der Freiheit verbunden ist, ist die Nominierung



Bei seinem Vorstellungsbuch im Berliner Abgeordnetenhaus wurde Joachim Gauck von den Fraktionsvorsitzenden Dr. Florian Graf (CDU) und Raed Saleh (SPD) begrüßt.

eines wahren Freiheitskämpfers wie Joachim Gauck zum Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten im wiedervereinigten Deutschland ein gutes Zeichen.“

Für Joachim Gauck war dies nicht der erste 18. März, an dem er eine wichtige Wahl gewonnen hat. Bereits am 18. März 1990 wurde er in die erste frei gewählte Volkskammer der DDR gewählt – nach einem langen Kampf für Freiheit und Demokratie.





Die Reform des Mietrechts ist eines der großen Gesetzesvorhaben dieser Legislaturperiode. Dr. Jan-Marco Luczak (CDU), Bundestagsabgeordneter aus Tempelhof-Schöneberg, ist im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages für die Umsetzung zuständig.

„Beim Mietrechtsänderungsgesetz geht es im Kern um die Erleichterung von energetischen Modernisierungen, eine einheitliche Regelung der gewerblichen Wärmelieferung und die Bekämpfung des Mietnomadentums“, fasst Luczak den Gesetzentwurf zusammen. „Für die Menschen in den rund 24 Millionen Mietwohnungen in Deutschland hat die Ausgestaltung des Mietrechts existenzielle Bedeutung. Für mich war daher von Anfang an klar, dass die soziale Ausgewogenheit des Mietrechts unbedingt gewahrt werden muss“, so der Mietrechtsexperte weiter.

Die Bundesregierung hat sich beim Klimaschutz ehrgeizige Ziele gesetzt – ohne die energetische Sanierung von Gebäuden seien diese, davon ist Luczak überzeugt, nicht erreichbar. Hier bestehe riesiges Einsparpotential – 40 Prozent des Endenergieverbrauchs und ein Drittel der CO2-Emissionen entfallen auf den Gebäudebereich. Deswegen erleichtert der Gesetzentwurf Modernisierungen: Der Tatbestand der energetischen Sanierung wird weiter gefasst und das Verfahren entbürokratisiert. In den allermeisten Fällen profitieren Mieter ganz direkt von einer solchen Maßnahme – ihre Betriebskosten sinken. Luczak macht aber deutlich, dass für ihn Klimaschutz eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei. Vermieter und Mieter müssten beide ihren Anteil daran tragen. Dennoch habe er gegen die Festlegung im Koalitionsvertrag, das Minderungsrecht von Mietern bei energetischen Modernisierungsmaßnahmen zu streichen, sein Veto eingelegt: „Ein vollständiger und zeitlich unbegrenzter Ausschluss ist Mietern nicht zumutbar. Das wäre auch rechtlich höchst problematisch, weil das vertragliche Gleichgewicht ansonsten nachhaltig beeinträchtigt würde.“ Aktuell wird daher ein dreimonatiger Ausschluss diskutiert.

Im Hinblick auf die erheblichen Mietsteigerungen, die es auch und gerade in Berlin gibt, betont Luczak: „Diese Mietentwicklung darf sich nicht weiter verschärfen. Deshalb ist es gut, dass auch weiterhin nur elf Prozent der Kosten einer Sanierungsmaßnahme umlagefähig sind.“ Auch die gewerbliche Wärmelieferung – das so genannte Contracting – kann durch Steigerungen der Energieeffizienz einen wichtigen Beitrag

zum Klimaschutz leisten. „Es darf hier aber keine Gewinne auf Kosten der Mieter geben. Der Gesetzentwurf macht daher die Kostenneutralität zur Voraussetzung für die Umlage von Kosten“, stellt der CDU-Abgeordnete klar.

Schließlich widmet sich der Gesetzentwurf der Bekämpfung des Mietnomadentums. Kriminelle Einmietbetrüger bedeuten insbesondere für private Kleinvermieter oft den finanziellen Ruin. Schäden von 20.000 Euro sind keine Seltenheit. Luczak hat gegenüber dem Bundesjustizministerium deshalb auf einen besseren und schnelleren Räumungsschutz gegen kriminelle Mieter gedungen: „Vermieter müssen schnell reagieren können, wenn sie es mit Mietnomaden zu tun haben. Es kann nicht sein, dass kriminelle Mieter es in der Hand haben, ihren Rauswurf um bis zu zwei Jahre zu verzögern.“ Vermieter sollen nun bei Streitigkeiten beim Gericht eine Hinterlegungsanordnung beantragen können – Mieter müssen dann zukünftige Mietzahlungen als Sicherheit hinterlegen. Mietnomaden, die der Hinterlegungsanordnung nicht nachkommen, können schneller zwangsgeräumt werden. Auch unberechtigte Untermieter können die Räumung zukünftig nicht mehr boykottieren – gegen sie kann im einstweiligen Rechtsschutz ein weiterer Titel erwirkt werden. Luczak: „Mir war wichtig, dass nur Mieter von den Regelungen erfasst werden, die tatsächlich mit krimineller Energie vorgehen, nicht aber solche, die bloß in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind. Das haben wir durch zielgenaue Regelungen erreicht“.

Abschließend hob Luczak hervor, dass die ursprünglich geplante Angleichung der Kündigungsfristen vom Tisch sei: „Ich habe von Anfang an deutlich gemacht, dass ich hierfür keinen Bedarf sehe. In der Praxis werden die meisten Kündigungen ohnehin vom Mieter ausgesprochen. Es ist gut, dass die Ministerin hier Einsicht gezeigt hat.“

Luczak resümiert: „Unter dem Strich ist die Reform des Mietrechts sehr ausgewogen. Gerade für die Mieterstadt Berlin ist damit ein wichtiges Ziel erreicht.“



Vorlesetag in der Fröbel Kita



Der Spandauer Bundestagsabgeordnete Kai Wegner hat es sich nicht nehmen lassen, anlässlich des bundesweiten Vorlesetages Begeisterung für das Lesen und Vorlesen zu wecken.



Dazu besuchte er die Fröbel Kita im Siemens Technopark und las rund 15 Kindern aus dem Kinderbuch „Bei der Feuerwehr wird der Kaffee kalt“ vor. Der Aktionstag folgt der Idee: Jeder, der Spaß

am Vorlesen hat, liest an diesem Tag anderen vor – zum Beispiel in Schulen, Kindergärten, Bibliotheken oder Buchhandlungen. „Vorlesen ist für Kinder enorm wichtig – das belegen viele Studien“, erklärt Wegner. „Ich erlebe es selbst mit meinem Sohn und in allerlei Vorlesesituationen. Nicht nur, dass durch die Gemeinsamkeit die Beziehung zum Kind gestärkt wird, das Vorlesen trägt in hohem Maß zur Bildung bei. Es erschließt Inhalte und öffnet den Geist für Fantasie und Kreativität. Es macht sowohl dem Vorleser als auch den Zuhörern Freude und ist noch nach Jahren eine kostbare Erinnerung. Für kleine Menschen ist es zudem der erste Einstieg in die Literatur“, so der CDU-Politiker weiter. Wegner begrüßt es ausdrücklich, dass sich auch über den Aktionstag hinaus rund 9.000 Menschen als ehrenamtliche Vorlesepaten der Stiftung Lesen in Kindertagesstätten, Schulen, Seniorenheimen engagieren.

Weltweit wachsendes Interesse an deutscher Sprache



Im vergangenen Jahr haben fast 200.000 junge Menschen Deutschkurse an den 137 Auslandsniederlassungen des Goethe-Instituts



besucht. An vielen Niederlassungen muss das Angebot ausgebaut werden, um dem Ansturm gerecht zu werden. Deshalb unterstützt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Spracharbeit der Goethe-Institute mit zusätzlichen acht Millionen Euro. Eine gute Investition, um Deutschlands Attraktivität als Land der „Dichter und Denker“, aber auch als erfolgreiche Wirtschaftsnation weiter nachhaltig zu stärken.

Kindertage im Bundestag



„Früh mit politischer Bildung beginnen“ – unter diesem Motto lädt der Steglitz-Zehlendorfer Bundestagsabgeordnete Karl-Georg Wellmann regelmäßig schon die jüngsten Besucher aus Kindergärten und Grundschulen zu den Kindertagen im Bundestag ein. Am 18. Januar startete eine Vorschulgruppe aus Zehlendorf



das diesjährige Programm. Die Kleinen hatten sichtlich Spaß und gar keine Scheu im Umgang mit dem Politiker. „Bei den Führungen werden den Kindern die Arbeitsweise und Zusammensetzung des Parlaments anschaulich und auf spielerische Weise gezeigt“, erklärt Wellmann. Auch Informationen über die Architektur und Geschichte des Gebäudes dürfen nicht fehlen. „Ein besonderer Moment für mich ist stets die Begeisterung der Kinder, wenn sie mit mir einen ‚echten‘ Bundestagsabgeordneten treffen. Die bei dieser Gelegenheit gestellten Fragen zeigen, dass es möglich ist, bereits frühzeitig Interesse für das Funktionieren unserer Demokratie zu wecken“, so Wellmann.

Vogelsang begeistert mit Tom Sawyer



Hören, Lesen, Sehen! Tom Sawyer kennt jeder? Erinnern Sie sich noch an Ihr Lieblingskapitel? Für die Neuköll-

ner Bundestagsabgeordnete Stefanie Vogelsang steht fest: „Die gruselige Szene auf dem Friedhof, in der Tom und Huckleberry Finn in finsterner Nacht Indiana Jones beobachten, ist mir



besonders im Gedächtnis geblieben.“ Deshalb hat sie am bundesweiten Vorlesetag Schülerinnen und Schülern der Sonnengrundschule dieses Kapitel vorgelesen, die Kinder aufgefordert, das ganze Buch zu lesen und ihr dann zu schreiben. Highlight für die Klasse war dann eine Einladung von Stefanie Vogelsang ins Kino zu der neusten Verfilmung des Kinderbuchklassikers. Dort konnten sich die fleißigen Leser anschauen, ob der Film ihren Phantasien entspricht. „Alle Kinder hatten viel Spaß. Ich hoffe, ich konnte bei dem ein oder anderen die Lust am Lesen wecken“, wünscht sich Stefanie Vogelsang.

Frank Steffel besucht Flughafen Tegel



Im Sommer schließt der Flughafen Tegel seine Pforten. Mit dem neuen Großflughafen BER kommen auch neue Flugrouten. Das machte vielen Bürgern Sorge. Sie wandten sich an den Reinickendorfer Bundestagsabgeordneten Dr. Frank Steffel. Er besuchte zusammen mit Dr. Manuel Heide und Tim-Christopher Zeelen den Flughafen Tegel und ließ sich vor Ort im Tower der Deutsche Flugsicherung (DFS) die Lage erklären. Sein Fazit: Die Reinickendorferinnen und Reinickendorfer werden erheblich vom Fluglärm entlastet. Die DFS hat zudem zugesagt, die Flugrouten nach sechs Monaten zu evaluieren.



DIE CDU IN DEN BERLINER BEZIRKEN

GESCHÄFTSSTELLEN UND BÜRGERBÜROS

Reinickendorf
Großkopffstraße 6-7, 13403 Berlin
Tel.: 496 12 46, Fax: 496 30 53
Email: info@cdu-reinickendorf.de
Internet: www.cdu-reinickendorf.de

Mitte
Levetzowstr. 10, 10555 Berlin
Tel.: 395 27 80, Fax: 3903 4144
Email: kreisgeschaeftsstelle@cdumitte.de
Internet: www.cdumitte.de

Pankow
Prenzlauer Promenade 179, 13189 Berlin
Tel.: 428 74 81, Fax: 428 06 377
Email: kgs@cdupankow.de
Internet: www.cdupankow.de

Lichtenberg
Normannenstr. 1-2, 10367 Berlin
Tel.: 9760 1933, Fax: 9760 1928
Email: post@cdu-lichtenberg.de
Internet: www.cdu-lichtenberg.de

Spandau
Hoher Steinweg 4, 13597 Berlin
Tel.: 333 11 33, Fax: 333 95 23
Email: info@cdu-spandau.de
Internet: www.cdu-spandau.de

Wuhletal (Marzahn-Hellersdorf)
Fritz-Reuter-Str. 11, 12623 Berlin
Tel.: 56 69 74 50, Fax: 56 69 74 55
Email: info@cduwuhletal.de
Internet: www.cduwuhletal.de

Charlottenburg-Wilmersdorf
Rathaus Charlottenburg, Raum 229, 10585 Berlin
Tel.: 341 35 34, Fax: 341 02 50
Email: info@city-cdu.de
Internet: www.city-cdu.de

Treptow-Köpenick
Dörfeldstr. 51, 12489 Berlin
Tel.: 6397 9871, Fax: 6397 9872
Email: cdu-kv-tk@arcor.de
Internet: www.cdu-treptow-koepenick.de

Steglitz-Zehlendorf
Clayallee 349, 14169 Berlin
Tel.: 797 011 70, Fax: 797 011 71
Email: kontakt@cdusz.de
Internet: www.cdusz.de

Tempelhof-Schöneberg
Tempelhofer Damm 158/160, 12099 Berlin
Tel.: 751 33 88, Fax: 752 22 74
Email: service@cdu-tempelhof-schoeneberg.de
Internet: www.cdu-tempelhof-schoeneberg.de

Neukölln
Donaustr. 100, 12043 Berlin
Tel.: 687 22 99, Fax: 681 77 41
Email: info@cdu-neukoelln.de
Internet: www.cdu-neukoelln.de

Friedrichshain-Kreuzberg
Markgrafenstraße 87, 10969 Berlin
Tel.: 2529 9580, Fax: 2529 9582
Email: info@cdu-friedrichshain-kreuzberg.de
Internet: www.cdu-friedrichshain-kreuzberg.de

IMPRESSUM

CDU-Landesverband Berlin,
Kleiststraße 23-26, 10787 Berlin
Tel.: 030 - 32 69 04-0
Fax: 030 - 32 69 04 -44

REDAKTIONSLEITUNG:
Kai Wegner

CHEFREDAKTEUR :
Dirk Reitze
REDAKTION:
Ada Wendel, Jennifer

Hampel, Frank Marten,
Gina Schmelter

LAYOUT und PRODUKTION:
BerlinMedia GmbH
BILDNACHWEIS:
von oben links nach unten rechts:
S. 1: Reitze; Bundesministerium
für Arbeit und Soziales;
S. 2: iStock, AlexKalashnikov; S.
3: Reitze; Yves Sucksdorff; S. 4-5:
Reitze; S. 6: iStock, Franky de

Meyer; privat; Hammes;
S. 7: Schatz; S. 8: Reitze;
S. 9: Mohring; Sukale; Schatz;
iStock, FotoVoyager;
S. 10: iStock, Tobias Machhaus;
CDU Deutschlands;
S. 11: Büro Wegner; Hammes;
Büro Wellmann; Büro Vogelsang;
Büro Dr. Steffel;
S. 12: Reitze; S. 13: privat; Dogan;
privat; Fielitz; Reitze;
S. 14-15: Bundesministerium für

Arbeit und Soziales; Raab Grafik
(S. 15-16); Dmitry Skvorcov;
S. 16: Reitze
Für nicht angeforderte Ma-
nuskrifte wird keine Haftung
übernommen. Namentlich
gekennzeichnete Beiträge geben
nicht unbedingt die Meinung der
Redaktion wieder. Bezugspreis ist
im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Erscheinungsweise: Erscheint
einmal im Quartal

Union vor Ort

CDU-Fraktion Spandau zeigt Flagge

Nachdem der neue SPD-Bezirksbürgermeister von Spandau öffentlich um Spenden für eine neue Rathaus-Flagge gebeten hat, haben sich Bezirksverordnete, Stadträte und Abgeordnete der CDU Spandau spontan entschieden, die notwendigen 340 Euro zu sammeln. Immerhin



fehlte die Spandau-Flagge bereits seit Wochen auf dem Rathaus-Turm. Bisher war es dem ehemaligen CDU-Bezirksbürgermeister **Konrad Birkholz** immer gelungen, auch ohne öffentlichen Hilferufe das Geld für die Flaggen zu sammeln. Nachdem die Flagge bestellt und geliefert wurde, verweigerte der neue SPD-Bezirksbürgermeister jedoch die Übergabe durch den CDU-Fraktionsvorsitzenden **Arndt Meißner**. Meißner dazu: „Diese Geste sollte die unwürdige Posse über die Beflagung unseres Rathauses beenden. In einer persönlichen Erklärung habe ich versucht, dem Bezirksbürgermeister die Hand zu reichen und das Angebot gemacht, gemeinsam für unseren Bezirk zu wirken. Symbol hierfür sollte auch die Überreichung der Flagge sein. Leider war der Bezirksbürgermeister nicht dazu bereit.“

Luczak unterstützt Mieter bei ihrem Protest

Der Tempelhof-Schöneberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Jan-Marco Luczak** unterstützt die Mieter der John-Locke-Siedlung in Lichtenrade



bei ihrem Protest gegen die geplante Stilllegung ihrer Müllschlucker. Dazu brachte Luczak rund 2.500 Postkarten mit, die gemeinsam mit einem Infoschreiben in die Briefkästen verteilt wurden. Die Resonanz war riesengroß – die Mieter rissen Luczak die Karten förmlich aus den Händen. Luczak machte deutlich, dass er sehr für Umweltschutz und Mülltrennung sei: „Die Mieter müssen bei solchen Entscheidungen aber mitgenommen, es darf nicht über ihren Kopf hinweg entschieden werden“, so Luczak. Fotos: Tülay Dogan

Sonderbriefmarke für Tegel

Am 2. Juni schließt der Flughafen Tegel für immer seine Tore. Nicht nur Nostalgiker werden



den Flughafen der kurzen Wege vermissen. Der Tegeler Abgeordnete **Tim-Christopher Zeelen** kämpft für eine schnelle Nachnutzung des Areals: „Wir wollen durch neue Ansiedlung neue Arbeitsplätze schaffen.“ In einem Brief an den Bundesfinanzminister wirbt Zeelen für eine Sonderbriefmarke für Tegel. „Durch kann das Ministerium seinen Beitrag leisten, sich würdig von einem Stück Berliner Geschichte zu verabschieden“, so Zeelen.

Vier Generäle

Ein Landesvorsitzender, drei Landes-Generäle und einer vom Bund – so viel geballte Parteispitze ist selten. Mit dem Wechsel in die Aufgabe als Innenstaatssekretär übergab **Bernd Krömer** Ende Dezember den Stab an den neuen Generalsekretär der Berliner CDU **Kai Wegner**. Der Landesvorsitzende **Frank Henkel** überreichte dem neuen



General einen Blumenstrauß zur Wahl – Kakteensammler Bernd Krömer freute sich dagegen über einen Kaktus als Abschiedsgeschenk. Kai Wegner schloss sich sofort mit den Amtskollegen in und um Berlin kurz. Zum freundschaftlichen Gespräch traf er den „General“ der Bundespartei **Hermann**



Gröhe in dessen Büro im 5. Stock des Konrad-Adenauer-Hauses. Beide betonten, die gute Zusammenarbeit der letzten Jahre fortsetzen und ausbauen zu wollen. Danach stand das Gespräch mit seinem Amtskollegen **Dieter Dombrowski** vom Landesverband Brandenburg an. In Pots-



dam besprachen die beiden CDU-Politiker in freundschaftlicher Atmosphäre bereits erste gemeinsame Projekte.

„Wir müssen Gerechtigkeitslücken schließen“

Die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Dr. Ursula von der Leyen (CDU), spricht im Interview mit der „Berliner Rundschau“ über den demographischen Wandel, die Rente mit 67 und wie sie Altersarmut begegnen will.

BR: Frau Ministerin, im Februar dieses Jahres hat die erste Stufe der Anhebung der Regelaltersgrenze begonnen, der erste Jahrgang muss einen Monat länger arbeiten. War dieser Schritt hin zur „Rente mit 67“ wirklich notwendig?

Die heutige Rentnergeneration ist lange fit und gesund. Das ist eine gute Nachricht. Das bedeutet aber auch, dass die heutigen Rentnerinnen und Rentner bereits acht Jahre länger Rente beziehen, als das zu Adenauers Zeiten der Fall war. Bald werden es zehn Jahre sein. Damals haben fünf Erwerbstätige das Auskommen für einen Rentner verdient, heute müssen das drei schaffen und künftig werden es zwei schultern müssen. Das ist die Demografie, vor der wir nicht die Augen verschließen dürfen. Wenn wir uns der Herausforderung stellen, dann gibt es nur drei Möglichkeiten, um die Renten zukunftsfest zu machen: Wir könnten die Renten empfindlich kürzen. Das wollen wir nicht. Wir könnten die Beiträge für die Jüngeren drastisch erhöhen. Aber das wäre ungerecht. Die jungen Schultern tragen schon genug Lasten. Die dritte Lösung, und die favorisiere ich, lautet: Von den gewonnenen Lebensjahren investieren wir einen Teil in Arbeit und erhöhen die Lebensarbeitszeit über einen Zeitraum von 20 Jahren schrittweise auf 67.

BR: Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erreichen diese Altersgrenze nicht, gehen früher in den Ruhestand. Werden denn die Älteren überhaupt noch gebraucht?

Die Entwicklung zeigt in eine klare Richtung: Die Menschen arbeiten länger und gehen immer später in Rente – auch, weil sie es können. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland bei der Erwerbstätigkeit Älterer mittlerweile auf einem Spitzenplatz gleich hinter Vorreiter Schweden. In den letzten zehn Jahren hat sich der Anteil der Erwerbstätigen in den Jahrgängen kurz vor dem Renteneintritt mehr als verdoppelt. In Zukunft wird das Arbeiten über 60 hinaus zum

Normalfall werden, denn es kommen weniger Junge nach. Wenn wir in der Welt und in Europa wettbewerbsfähig bleiben wollen, müssen wir die Kraft, die Erfahrung und das Können der Älteren stärker nutzen. Da haben wir noch einen langen Weg vor uns; viele Unternehmen investieren noch nicht genug in Gesundheit und Weiterbildung ihrer alternden Belegschaften. Es muss sich noch viel mehr herumsprechen: Wer erfahrene Leistungsträger beschäftigt und Ältere einstellt, profitiert davon.

BR: Sie haben einen Vorschlag zu einer „Kombi-Rente“ gemacht. Was kann man darunter verstehen?

Wir wollen eine Kombi-Rente an die Stelle der bisherigen Teilrente setzen. Das heißt mehr Flexibilität beim Übergang von Arbeit in die Rente. Im Moment ist das zu starr. Da steigen viele von heute auf morgen komplett aus, weil die vorgezogene Rente schon bei wenig Zuverdienst stark sinken kann. Arbeit und Rente sollen einfacher und lohnender kombiniert werden können: Wer vorzeitig in Rente gehen will, kann das wie bisher mit Abschlägen tun, aber daneben bis zur Obergrenze des zuletzt erzielten Brutto-Einkommens hinzuverdienen. Wir erhöhen damit die Anreize, länger im Erwerbsleben zu bleiben. Und gleichzeitig schaffen wir für die, die bis zur regulären Rente nicht mehr Vollzeit arbeiten können oder wollen, bessere Möglichkeiten, gleitend aus dem Job auszusteigen. Denn bis zur Obergrenze können Rente und Lohn stufenlos miteinander verbunden werden.



BR: Viele Menschen sehen in der veränderten Arbeitswelt die Gefahr, selbst im Alter in die Armut abzurutschen. Welche Vorkehrungen trifft die Politik der Union dagegen?

Armut im Alter ist ein ernstes Thema und wir müssen alles dafür tun, sie einzudämmen. Gut ist: 97,5 Prozent aller Menschen im Rentenalter haben aktuell eine ausreichende Versorgung. Von 16,8 Millionen Personen in dieser Altersgruppe sind nur 2,5 Prozent auf Leistungen der Grundversicherung im Alter angewiesen. Diese Zahl ist seit 2007 stabil. Aber das muss nicht so bleiben. Immer mehr Menschen haben Brüche in den Lebensläufen. Manche wechseln zwischen Festanstellung in Vollzeit, Teilzeit und Selbstständigkeit. Andere, meistens Frauen, haben längere Erwerbsunterbrechungen für Kindererziehung oder

die Pflege Angehöriger, die später in der Rente zum Nachteil werden. Ich bin der Überzeugung, dass Erziehung und Pflege zur Lebensleistung zählen und auch bei der Rente stärker als bisher berücksichtigt werden müssen. Mit der neuen Zuschussrente möchte ich sicherstellen, dass die, die sich anstrengen, die für andere da sind und auch selbst vorsorgen, bessergestellt sind als die, die das nicht tun. Bei Millionen Selbständigen ist es heute dem Zufall überlassen, ob sie in ausreichendem Maße für das Alter vorsorgen oder nicht. Auch da werden wir Vorschläge machen, denn es geht ja nicht an, dass der eine eiserne Geld zurücklegt und während der andere in den Tag hinein lebt und sich später von der Gemeinschaft auffangen lässt. Wenn das System der Alterssicherung Bestand haben soll, dann müssen wir solche Gerechtigkeitslücken schließen.

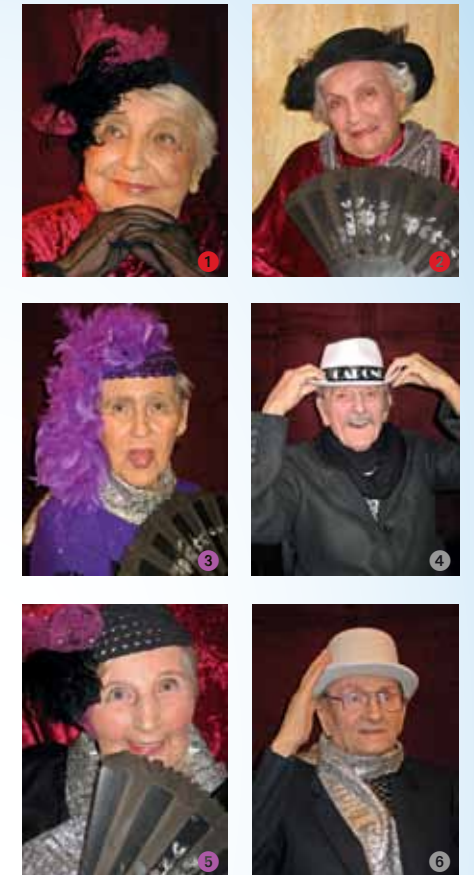
Diva für einen Tag - Fotoaktion setzte Bewohner eines Pflegewohnheims des Berliner UNIONHILFSWERK in Szene

Welchen Effekt eine gute „Maske“, glamouröse Accessoires und ein Kameraobjektiv bei hochbetagten, zum Teil auch dementen Senioren erzeugen können, zeigte sich bei einer Fotoaktion im UNIONHILFSWERK-Pflegewohnheim Plänterwald in Berlin.

Ursprünglich als preisgünstiges Weihnachtsgeschenk für Angehörige gedacht, fotografierte der ehrenamtliche Hobbyfotograf, Martin Raab, eine Woche lang 60 Damen und Herren im Alter zwischen 80 und 100 Jahren. Mit den Ergeb-



Gerda Mundt, 100 Jahre „jung“: „Ich war ganz überrascht von den schönen Bildern – das soll ich sein?“, sagt die gebürtige Weddingerin.

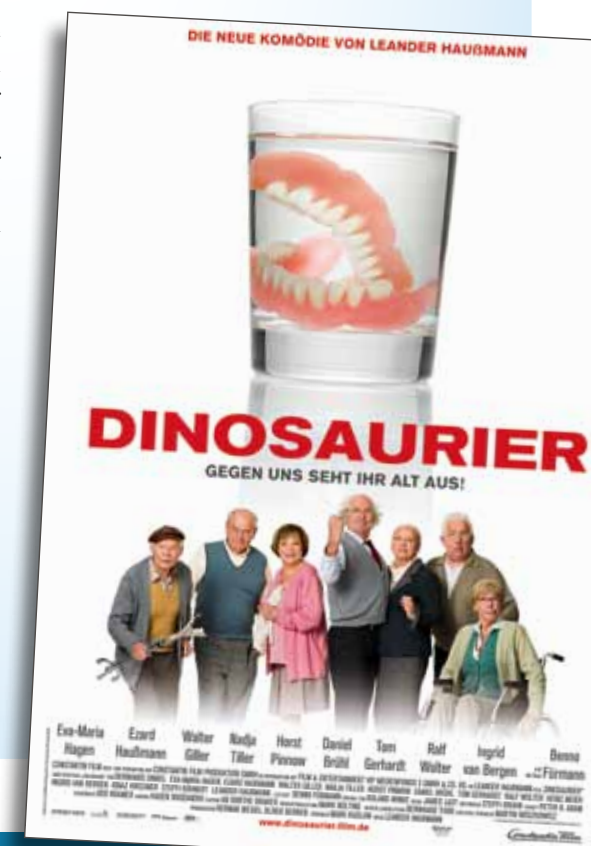


nissen hatte keiner gerechnet: Dank versierter Schminke- und Verkleidungskünste der Mitarbeiter fühlten sich die weiblichen „Models“ wie Prinzessinnen und Diven. Die Herren waren bei der Aktion etwas zurückhaltender, hatten aber ebenfalls Spaß daran, mit Zylinder oder Al-Capone-Hut zu posieren. Wie sehr alle bei der Aktion aufblühten, das zeigen die 40 imposanten Fotos, die als Ausstellung auch in weiteren Berliner Einrichtungen zu sehen sein werden.

Fotos rechts

- Bild 1: Hildegard Kittelmann, 88 Jahre
- Bild 2: Gerda Mundt, 100 Jahre
- Bild 3: Erika Schetsche, 75 Jahre
- Bild 4: Ulf Fichtner, 84 Jahre
- Bild 5: Elias Horn, 88 Jahre
- Bild 6: Siegfried Rahlmow, 78 Jahre

Rüstige Renter gibt's mit der CDU Berlin auch im Kino. Im Anschluss an die Landesmitgliederversammlung wird die Leander-Haßmann-Komödie aus dem Jahre 2009 gezeigt.



EINLADUNG

nur für Mitglieder und Gast-Mitglieder

Landesmitgliederversammlung

Filmvorführung „Dinosaurier – gegen uns seht ihr alt aus!“

CineStar Berlin – Sony Center, Potsdamer Straße 4, 10785 Berlin

Dienstag, 17. April 2012, 18.00 Uhr (Film: 20.00 Uhr)

Lebenswertes Berlin in jedem Alter



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

„Kinder kriegen die Leute immer“, stellte Konrad Adenauer 1957 fest und beschrieb damit den Grundgedanken der damals neuen Umlagefinanzierung der gesetzlichen Rente.

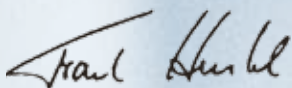
Doch die Statistik stimmt heute nicht mehr. Erfreuliche Entwicklungen wie die deutlich höhere Lebenserwartung paaren sich mit weniger erfreulichen wie der niedrigeren Geburtenrate.

Wie gehen wir in Berlin damit um? Wie nutzen wir die Erfahrung und Leistungsfähigkeit der „jungen Alten“ einerseits und wie begegnen wir Altersarmut andererseits? Wie organisieren wir Pflege innerhalb oder außerhalb der Familie?

Ich freue mich, mit Ihnen dieses wichtige Thema im Rahmen unserer Landesmitgliederversammlung zu diskutieren. Gemeinsam mit Fachleuten wollen wir erste Thesen beschließen, die in ein Gesamtkonzept „Lebenswertes Berlin – in jedem Alter“ einfließen werden.

Im Anschluss an die Veranstaltung lade ich Sie herzlich zum Film „Dinosaurier – gegen uns seht ihr alt aus!“ ein. Unser im letzten Jahr leider verstorbener Parteifreund Edzard Haußmann zeigt darin augenzwinkernd einen filmischen Beitrag zum Thema.

Auf Ihr Kommen freut sich



Frank Henkel, MdA
Landesvorsitzender

Jetzt neu! CDU-Netzwerk
Ihre Mitgliedsdaten immer aktuell unter
www.cduplus.cdu.de
Keine Einladung oder Nachricht mehr
verpassen und Email-Adresse immer
aktualisieren.

Tagesordnung:

Begrüßung

Landesvorsitzender **Frank Henkel**, MdA
Bürgermeister und Senator für Inneres und Sport von Berlin

Einführung ins Thema

Mario Czaja, MdA
Senator für Gesundheit und Soziales von Berlin

Diskussion

Diskussionsleitung: Generalsekretär **Kai Wegner**, MdB
Mario Czaja, MdA, Senator für Gesundheit und Soziales von Berlin
Martin Matz, Vorstand des Diakonischen Werks Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz
Detlef Schmidt, Landesvorsitzender Senioren Union Berlin
Waltraut Ziolko, Landesvorstand Unionhilfswerk Landesverband Berlin e.V.

Schlusswort

Kai Wegner, MdB, Generalsekretär

Im Anschluss, um ca. 20.00 Uhr: Vorführung des Films „Dinosaurier – gegen uns seht ihr alt aus!“ (keine Werbung vor Beginn des Films)

Wichtige organisatorische Hinweise:

Bitte melden Sie sich zur besseren Planung an unter: Tel. 030 / 32 69 04 – 0 oder cduberlin@cduberlin.de
Einlass in den Kinosaal erhalten Sie durch Ihre Anmeldung, Vorlage dieser Einladung oder durch Vorlage einer der demnächst per E-Mail verschickten Einladungen.

Ein Beschlusspapier wird Ihnen vor der Versammlung gem. § 24a Abs. 3 Landessatzung per E-Mail zugehen. Bei Anmeldung und Wunsch kann das Papier auch per Post verschickt werden.